

Carlo Schmid als Außenpolitiker

Carlo Schmid sah sich gerne als Außenpolitiker. Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses hoffte Schmid 1949 auf eine Zusammenarbeit mit der CDU in der Außenpolitik. Eines der ersten großen außenpolitischen Themen der jungen Bundesrepublik war die Saarfrage¹. Die Deutschen hatten Angst vor einem zweiten Luxemburg (das Großherzogtum war 1867 unabhängig geworden). Schmid erkannte schon frühzeitig vor allem eine wirtschaftliche Komponente bei den Saarinteressen Frankreichs, deshalb überstüzte er sehr bald den Vorschlag einer Montanunion. Dadurch

verlor die Saarfrage für die Franzosen an Gewicht und der Schumanplan² traf wiederum auf begeisterte Zustimmung Schmidts.

Im Kontext der Stalin-Note³ war Schmid dezidiert gegen eine Neutralität Deutschlands; dennoch meinte er, man hätte das Angebot genauer prüfen müssen, als es Adenauer getan hatte. Einen tiefen Eindruck auf Schmid hinterließ eine Informationsreise mit Brandt und Erler in die USA im Jahre 1954. Schmid versuchte viele Anregungen, die er im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen parlamentarischen System kennengelernt hatte, auf das bundesdeutsche System zu übertragen. Am bleibendsten war zweifellos die Errichtung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages.

In der christliberalen Koalition unter Adenauer wurde Kiesinger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Carlo Schmid sein geschätzter Stellvertreter. In Schmidts persönlicher

Wahrnehmung veränderte sich nach dem NATO-Beitritt das Vokabular spürbar – er stellt fest, dass der Kreml nun von „zwei deutschen Staaten“⁴ sprach.

Epochal war die Moskauer-Reise, auf der Schmid den Kanzler mit Adenauer 1955 begleitete. Dass Schmid überhaupt eingeladen war, beruhte eher auf dem Kalkül des Kanzlers. Das



Bundesarchiv, Bild 146-1989-101-01A
Foto: a. Zeno, 1. September 1955

B 33 September 1955: Im September 1955 besucht Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer Moskau. Die Gespräche mit Bulganin, Malenkov und Chruschtschow (von links) führen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Im Hintergrund Carlo Schmid und Kurt Georg Kiesinger © Bundesarchiv

¹ Ab 1946 war das Saarland auf Betreiben Frankreichs eine autonome Region mit eigener Währung, eigener Post usw. Ziel der bundesdeutschen Regierung war es von Beginn an, das Saarland als weiteres Bundesland in die Bundesrepublik zu integrieren. Dies wurde 1957 mit der sog. „kleinen Wiedervereinigung“ erreicht, nachdem die Bevölkerung des Saarlandes vorher mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt hatte.

² Beim Schuman-Plan geht es um die Zusammenlegung der deutschen und französischen Montanindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg. Er gilt als Initialanstoß für die Integration Europas.

³ Die Stalin-Note bezeichnet ein diplomatisches Angebot der Sowjetunion, bei einer Neutralität Deutschlands keine Einwände gegen eine Lösung der Deutschen Frage zu erheben. Es wurde in den Jahren 1952/53 heftig diskutiert, inwiefern das Angebot der Sowjets ernst gemeint war. Heute geht man davon aus, dass die Stalin-Note ein Manöver war, um die junge Bundesrepublik innenpolitisch zu destabilisieren.

⁴ Zitiert nach: Schmid, Carlo: Erinnerungen. Bern/München/Wien: Scherz 1979, S. 564.

40 große Risiko, das der Reise anhaftete, konnte so bei Misslingen geschickt auch auf die
 Opposition abgewälzt werden. Während der Reise erwies sich Schmid's Trinkfestigkeit als
 diplomatische Waffe, indem er bei einem Trinkduell mit Wodka im Wasserglas den
 Gastgebern standhielt. Von Chruschtschow persönlich erhielt Schmid wegen seines
 Leibesumfangs den Beinamen „Genosse Großdeutschland“. Die Sowjetunion wollte die
 45 Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und Chruschtschow wünschte sich als
 zukünftigen Botschafter Carlo Schmid.
 Schmid sprach sich schon 1956 für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den
 osteuropäischen Staaten aus und verwarf damit die Hallstein-Doktrin mit ihren Folgen. Ihm
 war durchaus bewusst, dass dies in letzter Konsequenz hieß, die Oder-Neiße-Linie
 50 anzuerkennen. Schon 1955 forderte er einen Gewaltverzicht gegenüber Polen – später war
 dies zentraler Bestandteil der Ostverträge. Nicht zuletzt deshalb gilt er auch bis heute als



B 34 1.4.1954: Schmid trifft zusammen mit Willy Brandt und Fritz Erler den Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses, Joseph W. Martin.
 © SPD/Archiv der sozialen Demokratie

geistiger Vater der Ostpolitik (auch wenn dies sogar in der SPD weithin vergessen ist). Auch zur sog. Dritten Welt hatte Schmid eine dezidierte Position: Schon in den 50er-Jahren äußerte er Kritik an den Kolonialmächten, forderte ein Ende des Kolonialismus und zeigte die Konsequenzen auf, wenn man auf dem kolonialen Status der außereuropäischen Länder beharrte: Man spiele der Sowjetunion in die Hände. „Kapitalistische Wirtschaftsformen werden in diesen Ländern nicht die Herrschaft eines freiheitsliebenden, aufgeklärten Bürgertums bringen, sondern das menschenverachtendes Regime der Paschas.“⁵ Schmid schlug

75 vor, eine Art europäischen Marshallplan⁶ für unterentwickelte Länder aufzustellen, und plädierte für die Einführung gemeinwirtschaftlicher Wirtschaftsformen. Bisweilen erlebte Schmid auch Bizarres während seiner Auslandsreisen. Als er im März 1958 eine Reise nach Polen plante, stellte sich die Frage des Transits durch die DDR. Ein Visum für einen hochrangigen westdeutschen Politiker konnte natürlich nicht von der DDR-Regierung direkt erbeten werden; stattdessen erhielt Schmid seine Reisepapiere über den Leiter der
 80 polnischen Militärmission in Ost-Berlin. Derart ausgetrickst ließ die DDR-Führung für die Rückreise wissen, dass dieselben Reisepapiere nicht mehr anerkannt werden würden – so musste Schmid von Polen auf einen Flug via Kopenhagen ausweichen.
 Schmid's Engagement auf der Bühne der europäischen Integration wurde ja schon an anderer Stelle behandelt; bis in die 70er-Jahre blieb er der europäischen Sache
 85 verbunden.

⁵ Zitiert nach: Weber, Beate: Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie. München: C.H.Beck 1996. S. 562.

⁶ Mit dem Marshallplan leisteten die USA wirtschaftliche Aufbauhilfe für europäische Länder nach dem Zweiten Weltkrieg. Als „Gegenleistung“ mussten sich die Länder auf ein demokratisches System verpflichten.
 Arbeitskreis für Landeskunde/Landesgeschichte RP Tübingen